

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Zugpreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, III.
Druck von G. H. Meißner & Co., Hannover.

Inserionspreis:
die sechsseitige Kolonelleile 40 S., für Mitglieder 30 S.
Schluß für Inserate: Dienstag früh 8 Uhr.

Infolge der Uebernahme des Hauptbureaus und der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ nach Berlin, sind vom 20. März ab alle Sendungen für Hauptverwaltung, Kassierer, Redaktion und Expedition der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ an die Adresse:

Berlin O,
Schillerstraße 6 IV.,
zu senden.

Redaktionsluß für Nr. 13 der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ ist Sonnabend, den 20. März, morgens 8 Uhr.

Die Brausteuer im Reichstage.

Die maßlose und unerhörte Höherbesteuerung des Bieres, wie die Regierung sie nach ihrem Finanzreformplan beabsichtigt, hat bei den bürgerlichen, „nationalen“ Parteien im Reichstage, wie die erste Lesung der Reichsfinanzreform im Plenum schon zeigte, mehr oder minder freundliche Aufnahme oder mindestens keine abweisende Beurteilung erfahren. Sie alle, diese Vertreter des „nationalen“ Volkes der Hottentottenwahl, haben seit jeher mitgeholfen, den Reichsdalles zu schaffen und zu vergrößern, sie alle fühlten sich schuldig und wollten nun diese Schuld abtragen, indem sie die breiten Massen zahlen lassen für ihre Sünden. Wenn bei der Gelegenheit und dadurch so nebenbei einige Industrien auf den Hund gebracht, ruiniert, Tausende Existenzen vernichtet, die Kulturarbeit der organisierten Arbeiter von Jahren in Grund und Boden gestampft, erbitterte und unabsehbare Kämpfe heraufbeschworen werden, so tut das nichts zur Sache. Dient dieses doch alles lediglich den „nationalen“ Interessen nach Ansicht der Regierung und der bürgerlichen Parteien, auch daß letztere vor allen Dingen sich und ihre Klassengenossen von der Zahlung freistellen und nebenbei den Junkern von den von den Winderbemittelten herausgepressten indirekten Steuern Millionen zuschlagen.

In der ersten Lesung der Reichsfinanzreform vom 20. bis 28. November v. J. gielten sich noch einige der „nationalen“ Parteien durch ihre Sprecher etwas; im allgemeinen finden wir aber das heisse Bemühen, zu beweisen, daß sie gern dabei sind, die Lasten andern aufzubürden, um die finanzielle Schlamperei, die sie betreiben und geduldet, zuzudecken. In Bezug auf die Erhöhung der Biersteuer war den patentiertesten Nationalpatrioten, deren Patriotismus man daran erkennt, daß sie selbst nie zahlen, wohl aber bei jeder Volksschöpfung den größten Teil für sich in Anspruch nehmen, der Regierungsvorschlag noch nicht weit genug. So erklärte der

Hg. Freiherr von Nischhofen (kon.): „Bei diesem Gesetz (über das Bier) ist es mir noch zweifelhafter als vorher, ob dort wirklich die Grenze desjenigen, was dem Biere abgezapft werden kann, erschöpft ist... und es scheint mir fast, daß, wenn wir die Steuer noch etwas höher griffen, dann das Publikum nicht geschädigt wird, sondern nur der Extraprofit, der andernfalls den Gastwirten und Brauereien zugute kommen dürfte, vermindert wird.“ Und der

Hg. Fürst v. Hafffeld (Reichsp.): „Es kann für mich und meine politischen Freunde keinem Zweifel unterliegen, daß die alkoholischen Getränke und der Tabak den Grundpfeiler jeder Finanzreform bilden müssen. ... Wir glauben, daß das Bier erheblich mehr Steuern tragen kann und tragen muß, und wir glauben, daß es ein großes Versehen war, daß bei der letzten sogenannten Finanzreform das Bier nicht bereits ausgiebiger herangezogen wurde.“

Hg. Hr. von Gamp (Reichsp.) erklärte: „Wäre es möglich, diese kleinen Betriebe für die Aufgabe ihres Betriebes zu entschädigen, so würde eine Erhöhung der Biersteuer vielleicht sogar über den Satz der Regierungsvorlage hinaus erheblich geringere Bedenken haben. ... Das Reich würde, wenn die kleineren Betriebe eingehen und die großen Betriebe an deren Stelle treten, von jedem Doppelzentner Malz mindestens 6 Mark mehr an Steuern bekommen. Das Reich würde somit in der Lage sein, ohne sich zu schädigen, die kleinen Brauereien abzufinden und sie zur Aufgabe ihrer Betriebe zu nötigen mit der Folge, daß dann die Herstellung des Bieres in den größeren Betrieben stattfindet.“

Hg. Baasche (natl.): „Ich halte es bei dem maßlosen Bierverbrauch für durchaus berechtigt, eine Steuer einzuführen, wie sie vorgeschlagen wird. ... Daß der Bierkonsum eine Steuer tragen kann, davon bin ich trotz allen Geschreies, das vor zwei Jahren gemacht wurde, noch heute fest überzeugt. ... Daß es sich hierbei um ein Genussmittel handelt, das man entbehren kann, das brauche ich nicht zu wiederholen. Ich bleibe also dabei: aus der Biersteuer läßt sich im Anschluß an das, was die Regierung vorschlägt, sehr wohl ein ansehnlicher Betrag zur Deckung des Reichsbedarfs herauswirtschaften.“

Hg. Raab (Wirtsch. Vereinig.) erklärt: „Auch da (bei der Biersteuer) bin ich wieder nicht beherzigt von dem Gedanken, daß ich den armen Biertrinker, den armen Konsumenten, schützen müsse. Nein, meine Herren, eine Steuer, die bezüglich der Genussmittel wirklich an den Konsumenten herangeht, ist immer diskutabel. ... Wer weiß, ob es nicht damals (bei der letzten Biersteuererhöhung) in gewisser Beziehung besser gewesen wäre, die Steuer wäre gleich so hoch bemessen worden, daß sie an den Konsumenten heranpflügte.“

Hg. Spahn (Zentrum) wünscht nur eine andre Regelung der Staffelung, entsprechend der Staffelung im Gesetz von 1906, „damit das Verhältnis zwischen den großen, mittleren und kleinen Brauereien gewahrt bleibt“, und erklärte, daß ein Teil seiner Freunde der Ansicht sei, „daß, wenn eine solche Erhöhung der Steuer eintreten würde, es auch notwendig wäre, daß die künstlich hergestellten alkoholfreien Getränke im Gewerbebetrieb zu einer Steuer herangezogen werden müssen.“

Die Reiner der übrigen bürgerlichen „nationalen“ Parteien äußerten nur Bedenken, teilweise gegen die Art der Staffelung, teilweise gegen die Höhe der Steuer, oder ob die Biersteuer auch abgewälzt werden könnte auf die Konsumenten. Für eine Ablehnung der Biersteuer trat niemand ein, sie alle waren von der Ueberzeugung durchdrungen, daß der Vorschlag der Regierung der Weisheit letzter Schluß ist, daß die geforderten Summen fast ausschließlich durch indirekte Steuern aufzubringen seien, daß der Konsument zu zahlen habe, daß der Besitz, das Vermögen möglichst geschont werden müsse. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ konnte denn auch mit Recht folgendes Fazit aus der ersten Lesung ziehen:

„Beide Seiten des Hauses haben ihre Bereitwilligkeit erkennen lassen, einerseits die Massengenußmittel, Brauwasser, Bier, Tabak, unter Umständen auch Wein, zur Besteuerung anzuziehen, andererseits angemessene Abgaben auf den Besitz zu legen.“

Wer sich erinnert, wie scharf sich in dieser Frage noch vor wenigen Monaten die Konservativen und die Liberalen Parteien schieden, wird die Bedeutung dieser Wendung nicht unterschätzen. Auch das Zentrum steht sich bei seinem Widerstand gegen diese Reichseinkommen- und Vermögenssteuer in die selbstverständliche Notwendigkeit, den oben bezeichneten Konsumsteuern zuzustimmen. Abgesehen von der Sozialdemokratie und den Polen, die ja auch hier wieder eine Ausnahmestellung einnehmen, ist doch von allen Parteien der feste Entschluß begründet worden, etwas Brauchbares zu schaffen.“

In ihrem Optimismus in Bezug auf die bürgerlichen Parteien und ihre Bewilligungsfreudigkeit hatte das Organ der Regierung recht; Schaumschlägerei war die anfänglich von ihnen gezeigte Sprödigkeit, und die in der ersten Lesung im Plenum noch hier und da gezeigte Zurückhaltung ist bis zu der Beratung der Brausteuer in der Finanzkommission vollständig verschwunden. Und nicht nur das: die bürgerlichen Parteien haben auch auf Betreiben der Konservativen und der Zentrumsparthei die Nachlaststeuer fallen lassen und sich an Stelle deren auf ein „Kompromiß“ geeinigt, das den Spott der ganzen Welt herausfordert, das aber nur den Zweck hat, die in dem Kompromiß vorgesehene „Besitzsteuer“ ganz in die Verfenkung verschwinden zu lassen und den Reichsdalles ausschließlich durch indirekte Steuern zu beseitigen. Wenn die eigene Bereitwilligkeit der „liberalen“ Parteien nicht ausreicht, so werden sie dazu durch ihr „Blockverhältnis“ gezwungen, in dem sie die Rolle des gehorsamen Dieners der Großagrariere spielen. Der Block geht den liberalen Parteien über alles, der Erhaltung des Blocks zuliebe tun sie alles, was die Konservativen verlangen. Das Finanzreformprogramm der Konservativen ist aber:

Die Forderung der Regierung von 500 Millionen Mark neuer Steuern ist eher zu niedrig als zu hoch;

Ausbau der Verbrauchssteuern oder Ergänzung der sonstigen indirekten Steuern, und nur wenn dadurch der Mehrbedarf nicht voll gedeckt werden kann, lehnen die Konservativen eine Heranziehung auch von Steuern auf Besitz und Einkommen für einen Bruchteil des Bedarfs nicht ab;

Ablehnung der Nachlaststeuer.

Auf dieses Programm sind auch die Freimüthigen und Liberalen verpflichtet, so lange sie im Block sind, denn wollen sie das Blockverhältnis nicht aufgeben, und das wollen sie nicht, dann müssen sie den Konservativen folgen bis zum Ende, da sie sonst aus dem Block hinausgeworfen werden und das Zentrum an ihre Stelle tritt, das nur darauf wartet, Bettgenosse der Konservativen zu werden und gemeinschaftlich mit ihnen das „große Reformwerk“ und den noch größeren Klaußzug auf die Taschen der breiten Massen des Volkes zu vollenden. Die Feigheit der liberalen Blocknarren und das unehrliche Spiel des Zeitens haben das Verhältnis gezeitigt, daß die Konservativen vollständige Herren der Situation sind und nur die Heilpeitsche zu zeigen brauchen, um die bürgerlichen Parteien zum Gehorham zu zwingen.

„Mit Vorbehalt“ stimmten die Freimüthigen dem „Kompromiß“ bezüglich der „Besitzsteuer“ zu und „mit Vorbehalt“ stimmten sie in der Finanzkommission folgendem Antrag Gamp-Nischhofen in Bezug auf die Brausteuer zu:

Von den ersten	250 Bz.	Malzverbrauch	10 M.
„ „ „ „ „ „ „ „	750 „	„	12 „
„ „ „ „ „ „ „ „	500 „	„	16 „
„ dem Rest	„	„	20 „

Dieser Antrag ist ebenso ungeheuerlich wie die Regierungsvorlage, welche folgende Staffeln vorsieht:

Von den ersten	250 Bz.	14 M.
„ „ „ „ „ „ „ „	1250 „	15 „
„ „ „ „ „ „ „ „	1500 „	16 „
„ „ „ „ „ „ „ „	2000 „	18 „
„ dem Rest	„	20 „

Und der „Vorbehalt“ der Freimüthigen wird so lange anhalten, wie die Konservativen es gestatten.

Ueber die Petitionen, die auf die ungeheuren Schädigungen durch die Erhöhung der Brausteuer, die Vernichtung Tausender Existenzen, die Entfesselung erbitterter Kämpfe hinwiesen, gingen die Vertreter der bürgerlichen Parteien in der „nationalen“ Kommission kallidhelfend zur Tagesordnung über, daß ist ihnen Geloba; alle rüngen sie um die Palme, den großagrariischen Steuerdrückberger zu Diensten zu sein, nur die Vertreter der Sozialdemokratie lehnten die Biersteuer wie alle andern indirekten Steuern grundsätzlich ab und verlangten Deckung des Reichsdefizits durch Nachlaststeuern und Steuern auf Vermögen und die großen Einkommen.

Das deutsche Volk soll für die Ejelei der durch den Hottentottenschwindel aufgestachelten Spießher und „nationalen“ Arbeiter, die diese Sorte „nationale“ Vertreter wählten, anscheinend schwer büßen. Will man nicht noch größeren Kreisen von Arbeitern, die bei der letzten Reichstagswahl noch zu beschränkt waren und sich verblüffen ließen, das Vaterland vererben, will man dem Wohle des Reiches dienen, dann ist es geboten, daß der jetzige Reichstag mit seiner „nationalen“ Blockmehrheit aufliegt. Die Neuwahlen werden die Regierung über die richtige Meinung, wo Steuern gerechterweise zu holen sind, nicht im Zweifel lassen, denn sehr viele Hurrapatrioten büßten von der „nationalen Politik“ des jetzigen Reichstags gründlich kuriert sein.

Unser Verband im Jahre 1908.

IX. (Schluß.)

Tätigkeit der Bezirksleiter.

Veränderte Verhältnisse bedingen neue Agitationsmethoden: die allgemeinen und öffentlichen Agitationsversammlungen machten Zusammenkünfte in kleineren Zirkeln, sogenannten Betriebsbesprechungen Platz. Insbesondere, wenn auch etwas schwieriger und nicht immer so überall gleich durchführbar, gestaltete sich die Hausagitation. Soweit der Bezirksleiter überhaupt Zeit hierzu zur Verfügung fand und Hausagitation betrieben werden konnte, ist diese zufriedenstellend für die Veranstalter ausgefallen. Hören wir das Urteil eines unserer Beamten hierüber; Kollege Frank-Düsseldorf schreibt:

„Die Hausagitation hat im ganzen Bezirk Anwendung gefunden. Anfänglich sträubten sich anzunehmend alle Ortsverwaltungen gegen die Anwendung dieser Agitationsform. ... Wir sind in der Lage, berichten zu können, daß diese Art Agitation überall dort, wo sie angewandt wurde, beratt eingeschlagen hat, daß sie zum dauernden Bestandteil der Agitation erhalten bleibt. In größeren Orten diente diese Agitationsform oftmals als Vorläufer zu Betriebsbesprechungen.“

Die Gesamttätigkeit der einzelnen Bezirksleiter während des verfloßenen Jahres kommt in nachstehenden Zahlen zum Ausdruck. Dieselben besuchten:

Mitgliederversammlungen	882
Öffentliche Brauereiarbeiterversammlungen	214
Gewerchafts- bezw. Volksversammlungen	95
Betriebsbesprechungen	1065
Ortsverwaltungs- und Kartellversammlungen	595

Insgesamt: 2851

Ferner nahmen sie an 129 Klassenrevisionen teil, in 336 Fällen an Hausagitation und gründeten 18 Zirkel.

Bekanntlich liegt den Bezirksleitern neben der Führung der Lohnbewegungen auch die Schlichtung ausgebrochener Differenzen und das Eingreifen bei Streiks ab. Fast kein Tag geht zur Neige, wo sie nicht mit den Unternehmern bezw. deren Organisationen in Berührung kommen. Diese Art Tätigkeit ist in gleichem Umfange in keiner andern Organisation zu finden, es werden folglich die Funktionäre anderer Organisationen auch nicht im entferntesten berattig belastet und der Agitation soviel entzogen, als wie die unfres Verbandes. Verhandlungen hatten die Bezirksleiter mit den Unternehmern bezw. deren Organisationen zu führen bei

Lohnbewegungen ohne Streik	631
Streiks	114
sonstigen Differenzen	732
Zusammen:	1477

Davon waren:

Erfolgreich	662
Teilweise erfolgreich	510
Erfolglos bzw. blieben unerledigt	305

Es erfolgten demnach auf einen Beamten und Jahr durchschnittlich 114 geführte Verhandlungen.

Das Resultat der gepflogenen Verhandlungen, nach deren Ursachen getrennt, ist folgendes. Es endeten Verhandlungen, welche zu folgenden waren:

	Mit vollem Erfolg	Mit teilweisem Erfolg	Ohne Erfolg
Bei Lohnbewegungen ohne Streik	228	301	102
Bei Streiks	26	44	44
Bei sonstigen Differenzen	408	165	150

Bei den ohne Erfolg beendeten Fällen sind auch jene einbezogen, die am Schluß der einzelnen Quartale noch unerledigt waren. Diefelben erscheinen im darauffolgenden Quartal bei der Berichterstattung nicht mehr, so daß in Wirklichkeit die Zahl der mit vollem und teilweisem Erfolg beendeten Verhandlungen etwas höher und diejenige der ohne Erfolg beendeten Verhandlungen etwas niedriger wie angegeben sein wird.

Bei den sonstigen Differenzen, zu deren Schlichtung 732 Verhandlungen seitens der Bezirksleiter sich notwendig machten, handelte es sich um folgendes:

Wegen Nichtinhaltung vereinbarter Tarifverträge wurden 159, wegen Maßregelungen, Entlassungen, Zurücksetzungen wurden 369, wegen Beschneidung des gesetzlichen Koalitionsrechts wurden 49, wegen verschiedener Angelegenheiten wurden 145 Verhandlungen geführt.

Diese Zahlen sind nach verschiedener Richtung hin reich. Allen jenen Kollegen, welche meinen, daß nach Abschluß eines Tarifvertrags die Hände in den Schoß gelegt werden können, dürften die Zahlen eine andre Uebersetzung beibringen. Die Unternehmer, welchen in günstiger Konjunktur und bei guter Arbeiterorganisation etwas abgerungen wurde, versuchen nur zu oft, den Kollegen das Zugestandene Stückweise wieder zu entreißen. Ist die Organisation nicht schlagfertig, gelingen den Unternehmern solche Versuche.

Die hohe Zahl der stattgefundenen Verhandlungen, die notwendig waren, um Angriffe auf einzelne organisierte Arbeiter zurückzuweisen, sind gleichfalls beachtenswert. Der Leipziger Beamte, dessen Organisationsfähigkeit weit über ein Jahrzehnt zurückreicht, vermag sich nicht zu entsinnen, daß die Unternehmer schon jemals so rücksichtslos vorgegangen sind, als wie im Berichtsjahr; er führt dies in der Hauptsache auf das provozierende Verhalten seitens der den Brauereiarbeiterorganisationen vorstehenden Geschäftsführer zurück, die alles daran setzen, den Brauereiarbeitern, sowie den einzelnen Brauereien ihren Willen aufzudrängen. Um das Koalitionsrecht mußten unsere Kollegen in Klausal und Zellerfeld kämpfen. Wenn Durchschnittskapitalisten in dem Wagnis befangen sind, den Arbeitern das Koalitionsrecht streitig machen zu können, so erscheint dies noch begreiflich; ein Stadtoberhaupt und dessen Berater sollten aber wissen, daß das Koalitionsrecht den Arbeitern gesetzlich gewährleistet ist und daran selbst eine Stadtbehörde nicht rütteln darf. Der Magistrat von Klausal setzte sich darüber aber hinweg, er machte den Arbeitern gegenüber das Weiterarbeiten in der von ihm verwalteten Brauerei vom Austritt aus der Organisation abhängig.

Nur die süddeutschen Beamten nehmen dann und wann die Hilfe der Fabrikinspektoren in Anspruch. In Norddeutschland und ganz besonders in Preußen genießen letztere wohl noch wenig Vertrauen. Vertretungen bei Lohnfragen vor den Amtsgerichten werden auch fast nur von unsern süddeutschen Bezirksleitern übernommen.

Ueber Schwierigkeiten, die seitens der Behörde in der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts gemacht werden, berichten ebenfalls einige Bezirksleiter. Die obersten Polizeibehörden leisten sich darin nach wie vor etwas. Fast jedem Wirt wird, sofern er seine Lokalitäten zu Zusammenkünften der Arbeiter freigibt, die Polizeiwunde gestrichelt und mit Konzeptionsentziehung gedroht. Anlässlich des Tichauer Streiks wurde es den Streikenden unmöglich gemacht, sich versammeln zu können. Nur mit Schwierigkeit wurde das Streikpostenwesen notwendig organisiert.

Die Protestversammlungen gegen die heuchlerische Brauereiregierung, zu welchen nur Berufsarbeiter eingeladen wurden, stempelten verschiedene Polizeibehörden als politisch und beglückten die Veranstalter dieser Versammlungen mit Strafmandaten, weil die Anmeldung bzw. Bekanntgabe der Versammlungen nicht nach § 5 des Reichsvereinsgesetzes erfolgt war. Die Polizeibehörden hatten aber dessen ungeachtet rechtzeitig Kenntnis von den Versammlungen und ließen diese überwachen. In einigen Fällen wurde gegen die erlassenen Strafmandate Einspruch erhoben und gerichtliche Entscheidung beantragt. In Berlin verlangte die Polizeibehörde Entfernung der jugendlichen Arbeiter aus der Protestversammlung. Die Abhaltung von Protestversammlungen am Freitag wurde in Gießen und am Sonntag in Kahlhaußen i. Thür. verboten. Die süddeutschen Beamten berichten übereinstimmend, daß dort das Reichsvereinsgesetz loyal gehandhabt wird.

Infolge ungenügender Versammlungsgelegenheit wird die Organisationsentwicklung ungünstig beeinflusst im 1. Bezirk mit dem Sitz in Danzig in fast allen Orten, im 2. Bezirk in Oberhessen. Ueber diesbezügliche Uebelstände klagt der Beamte des 5. Bezirks hinsichtlich der Orte Gardelegen, Klantal und Zellerfeld. Versammlungsgelegenheiten fehlen auch in Straubing, Jugschlad, Hottalmünster, Abensberg, Geißelsberg und Dingolfing. Der Beamte für den Allgäu mit dem Sitz in Ulm klagt gleichfalls über ungünstige Versammlungsgelegenheit, desgleichen der Düsseldorf-Beamte, sowie die Orte Andernach, Weiffenhan, Herbermünch.

Zimburg, Nassau und Oberlahnstein in Betracht kommen. Die Agitation des Dortmunder Beamten wird im Münsterlande, im östlichen Westfalen, in Heddinghausen und Altenessen infolge ungenügender Versammlungsräume fast unmöglich gemacht.

Die Grenzstreitigkeiten mit dem Transportarbeiterverband wirkten hemmend auf die Organisationsentwicklung im 2., 3., 4., 5., 6., 9., 11. und 13. Bezirk, die mit dem Maschinenverband im 3., 6. und 9. Bezirk.

Die christlichen Organisationen treiben ihre Zersplitterungsspiel in Danzig, in Mittel- und Niederschlesien, im Oberharz, in Eisenach, in Südbayern, sowie innerhalb des 9., 10., 11., 12. und 13. Bezirks in fast allen Orten.

Ueber das Vorhandensein Hirsch-Duncker'scher Gewerkschaften berichten nur die Beamten des 2. und 4. Bezirks. Viel Bedeutung mißt keiner der Beamten dieser Organisationsrichtung bei. In Glogau liegt diese Vereinigung bereits in den letzten Stufen. Einige unserer Bezirksleiter haben dann noch mit der „gelben“ Organisation, dem Bund deutscher Brauereigenossen, zu tun, der seit Oktober 1907 einen Beamten freigestellt, um seine gegen die Arbeiterinteressen gerichtete Tätigkeit intensiver betreiben zu können. Von Erfolgen dieses Beamten für die Bundesmitglieder kann nicht gesprochen werden, es sei denn, daß man das, was durch das Vorhandensein des Bundes für die Kollegen nicht erreicht werden konnte, als Erfolg bucht.

Daß es bei so vielen zu überwindenden Hindernissen in der Agitation und im Bestreben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht immer ohne Zwischenfälle abgeht, ist selbstverständlich. Nach Lage unserer Rechtsverhältnisse in Deutschland sind unsere Funktionäre bei Ausübung ihrer Tätigkeit ständig den Fingern der Behörden angeheftet. Versteht ein Funktionär Versammlungsmitgliedern die Wahrheit nicht in recht gewählten Worten zum Ausdruck zu bringen, bleibt er in die Maschen der §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuchs hängen. Bei Streiks und Boykotts sind es die gefährlichen Krallen des § 153 der Reichsgewerbeordnung und des Groben-Unfug-Paragrafen, welchen die Funktionäre ausgefetzt sind und manchmal deren Opfer werden. Der Beamte mit dem Sitz in Breslau wurde zweimal wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes bestraft. Eine gegen denselben Beamten seitens der Diegnitzer Brauereien anhängig gemachte Beleidigungsklage endete in der 2. Instanz mit Freisprechung. Ein seitens der Firma Hausdorf u. Sohn in Waldenburg i. Schl. beim Amtsgericht gestellter Antrag auf Erlass eines Einhaltsbefehls wurde nach Aufhebung des Boykotts zurückgezogen. Zwei gegen den Beamten des 4. Bezirks anhängig gemachte Schadenersatzklagen wurden zurückgezogen. Der Beamte des 6. Bezirks wurde in der Groben-Unfug-Affäre anlässlich des Bierboykotts in Weiffenfels freigesprochen. Wegen Beleidigung bzw. Verleumdung klagte der Beamte des 7. Bezirks gegen einen Gastwirt in Neumark mit Erfolg. Wegen den Beamten des 11. Bezirks wurde im Jahre 1907 wegen Nichtanmeldung einer Betriebsbesprechung vorgegangen. Der Prozeß durchlief alle Instanzen bis zum Kammergericht in Berlin und endete mit der Freisprechung des Beamten.

Gaulenkongresse fanden im Berichtsjahr im 12. und 13. Bezirk gemeinschaftlich statt. An Gaulenkonferenzen nahmen teil die Beamten des 2. Bezirks 1 mal, die Beamten des 12. und 13. Bezirks je 4 mal.

Flugblätter zwecks Agitation wurden verfaßt und in Anwendung gebracht von den Beamten des 4., 6., 7., 8., 9. und 11. Bezirks je eins, von Beamten des 5. Bezirks zwei, des 10. Bezirks drei. Die Bezirksleiter vom 3., 7., 9., 10. und 11. Bezirk mußten anlässlich Lohnbewegungen bzw. Streiks je ein Flugblatt erscheinen lassen, während aus gleichem Anlaß im 4. Bezirk deren drei, im 5. Bezirk vier, im 8. Bezirk zwei zur Verbreitung gelangten.

Statistische Erhebungen wurden nachfolgende gemacht: Im 5. Bezirk Erhebungen über das Organisationsverhältnis, im 6. Bezirk über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Malzfabriken, im 7. Bezirk wurde eine Erhebung über die gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb aller zuständigen Orte und Betriebe des Bezirks eingeleitet. Die Beamten des 9. und 10. Bezirks veranstalteten Feststellungen über den Umfang der zu leistenden Sonntagsarbeit, hingegen stellte der Beamte mit dem Sitz in Dortmund die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einschließlich des Umfang des Sonntags-Bierfahrens fest.

Wenn seitens des Verbandsvorstandes die Pflege der Statistik auch gebilligt und empfohlen wird, so mußten gegen die Form und Art der Erhebung, welche der Beamte des 7. Bezirks veranstaltete, doch Einwände erfolgen. So wertvoll wir die Statistik auch halten, so muß trotzdem seitens der Bezirksleiter darin Maß gehalten werden, weil ihnen infolge anderweitiger Tätigkeit zur Bearbeitung umfangreichen Materials keine Zeit bleibt.

Zur Erledigung aller ihrer Tätigkeit waren die Bezirksleiter insgesamt 3031 Tage außerhalb ihres Wohnorts tätig. Der schriftliche Verkehr mit den Zahlstellen, dem Hauptvorstand und mit den Unternehmern sowie deren Organisationen war gleichfalls ein reger. Alle Bezirksleiter zurerkannt hatten 13 288 Postausgänge zu erledigen.

Die Tätigkeit in den Zahlstellen.

Nur die eigentliche Verbandsarbeit während des Berichtsjahres genau feststellen zu können, gab der Verbandsvorstand am 1. Januar 1909 Tätigkeitsbogen heraus. Durch diese Bogen sollte vor allem festgestellt werden, wieviel Arrangements im Laufe des Jahres stattfanden und welcher Natur dieselben waren. Auf Grund der eingegangenen Fragebogen — 42 Zahlstellen haben nicht berichtet — fanden statt 1464 Vorstandssitzungen, 342 Lohnkommissionsitzungen, 2185 Mitgliederversammlungen, 325 öffentliche Brauereiarbeiterversammlungen — Protestversammlungen sind eingerechnet — 2493 Betriebs- bzw. Branchenversammlungen, ferner im Interesse der organisierten Brauereiarbeiter 68 Gewerkschaftszug- und Volksversammlungen.

Die Tätigkeit innerhalb der Zahlstellen in bezug auf Schlichtung ausgebrochener Differenzen ohne Zwangspruch

nach dem der Bezirksleiter spiegelt sich in nachfolgenden Zahlen wieder. Auch hierbei mußte die eventuelle Tätigkeit der 42 Zahlstellen, die nicht berichtet haben, außer Berechnung bleiben.

Es machten sich Verhandlungen notwendig wegen:

	Davon endeten:		
	erfolgreich	teilw. erfolgreich	erfolglos
Nichtinhaltung der festgelegten Arbeitszeit	113	86	14
Lohnzahlung und Lohnhöhe	179	123	36
Uebertunden und Sonntagsarbeit	102	79	12
Speisen, Auslösung, Prozente des Fahrpersonals	48	41	6
Bergütung bei Krankheit und bei Uebungen	42	33	5
Urlaub	27	22	1
Ungerechte Entlassungen, Zurücksetzungen, Maßregelungen	578	331	118
Abwehr von Angriffen auf das Koalitionsrecht	40	22	11
Arbeitsnachweis	75	50	15
Sonstige Angelegenheiten	242	157	55
Summa	1443	944	273

Die vorstehenden Ziffern reden deutlich. Nirgends kommt deutlicher zum Ausdruck, als gerade in diesen Zahlen, daß zur Aufrechterhaltung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie zwecks Abwehr von Angriffen aller Art eine festgesetzte Organisation notwendig ist. Des näheren auf diese sogenannten Abwehrbewegungen einzugehen, müssen wir uns für dieses Mal noch versagen, so wichtig zur richtigen Würdigung der gesamten Organisationsarbeit dies auch wäre. Von der Mitarbeit aller unserer Zahlstellenvorstände und Verbandsfunktionäre wird es abhängen, ob wir künftig etwas eingehender berichten können. Die Zusammenstellung der Fragebogen zur Feststellung der Jahrestätigkeit war übersichtlich und konnte erwartet werden, daß alle Zahlstellen denselben einsenden würden.

Die Bekämpfung und Besteuerung der Konsumvereine.

Es dürfte nicht unnütz sein, auch einmal darauf hinzuweisen, welchen Hemmnissen und Widerständen das Konsumvereinswesen in Deutschland ausgesetzt ist, zumal man auch an deren verhältnismäßig negativer Wirkung die wirtschaftliche Kraft und den idealen Gehalt abmessen kann, welche trotz Hemmnissen nicht geringer Art die sonnenunabhängige Organisation vorwärts bringt. Das Kapitel der modernen Beamtenverfolgungen wegen Zugehörigkeit zu Konsumvereinen, wie es erst vor kurzem die Eisenbahndirektionen von Mainz und Erfurt bereichert haben, spricht Bände dafür, daß, wenn man die Einleitung der Gesellschaft in Klassen nicht schon von der Wiege bis zum Grabe am eigenen Leibe verspürt hätte, die preußisch-deutsche Bürokratie selbst beim Konsumvereinswesen — also einer neutral-wirtschaftlichen, aber allerdings sozialistischer Tendenz verdächtigen Organisationsform — dafür sorgt, daß diese dreimal geheiligte Klassenordnung auch nicht im mindesten verwirrt oder verwischt wird. Und dann rebel man vom Klassenhaß der Besitzlosen! Ein noch typischeres Beispiel von Willkürkraften, die sich gegen das Konsumvereinswesen richten, lieferte vor zirka zwei Jahren im sächsischen Eldorado Dresden die dortige Stadtverwaltung, indem sie den städtischen Bediensteten und Arbeitern (!) nach Gewährung einer Zeuerungszulage verbot, fernerhin einem der dortigen Konsumvereine anzugehören oder ihn beizutreten. Und erst, als die Arbeiterfrauen als Mitglieder die Tüden ausfüllten, die die besorgte Mittelstandspolitik der Dresdener Stadtväter — denn am Mittelstandspolitik handelt sich alleweil, weins gegen die Konsumvereine geht — in die Konsumvereinsreihen gerissen hatte, und als man von dritter Seite bei jeder Gelegenheit an die Taten der Rämmer von Schilda und Abderra erinnert wurde, zog man in Dresden die pflügende Verordnung zurück, rückte sich allerdings in neuester Zeit für diese Selbstblamage durch den wiederholten Beschluß einer exorbitanten Umsatzbesteuerung der vier Dresdener Konsumvereine, der allerdings noch der oberbehördlichen staatlichen Genehmigung harzt, die in früheren Fällen verlagert wurde, und zwar mit der Begründung, daß außer den Vorteilen der Konsumvereine, insbesondere für die Arbeiterbevölkerung auch die politische und soziale Verbitterung in Betracht zu ziehen sei, die durch eine derartige Maßregel hervorgerufen werden müßte. Die sächsische Regierung des „roten Königreichs“ von 1903 war inzwischen recht „helle“ geworden!

Das Steuerkapitel zählt so recht zum eisernen Bestand der Mittelstandspolitik, soweit sie sich gegen Konsumvereine richtet. Den neuesten Beweis dafür lieferte ja die vor einiger Zeit in die öffentliche Diskussion geworfene preußische Gesellschaftsteuer, die bestimmt ist, den Konsumvereinen innerhalb der Schwarzweissen Grenzpflicht das Leben möglichst lauer zu machen. Und die Gefahr dieser Steuer, die den preussischen Konsumvereinen jährlich 500 000 Mk. ihrer Ersparnisse kosten sollte, ist mitnichten deshalb beseitigt, weil sie von der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses bereits abgelehnt wurde. Im Gegenteil: die Gefahr ist größer geworden, weil die Absicht besteht, die Steuer, von der die Konsumvereine am allerhäufigsten betroffen werden würden, dem Reichstag zum eventuellen Ertrag für die den Agrariern so ungeliebte Nachlasssteuer zur Verfügung zu „überlassen“.

Die Steuerfrage ist allgemein als ein wunder Punkt in der weiteren Entwicklung des Konsumvereinswesens zu betrachten. Denn eskamotiert der Staat — und darunter fallen heute schon fast die allermeisten deutschen Bundesstaaten — den Wirtschaftsorganisationen der Konsumvereine einen großen Teil ihrer Ersparnisse hinweg, so bedeutet dies zunächst einen recht empfindlichen Verlust materieller Werte, weiterhin aber auch einen recht ideellen Verlust, nämlich an Anziehungskraft des Vereins für die konsumierende Bevölkerung, die vorläufig noch recht wenig nach genossenschaftlichen Idealen fragt, sondern ihre eventuelle Mitgliedschaft von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Vereins abhängig macht.

Dies Kapitel ist eines der beschämendsten für die Regierungswichtigkeit unserer Bundesstaaten. Denn die Besteuerung der Konsumvereine, die ohne weiteres als eine ungerechte Ausnahmesteuerung bezeichnet werden muß, trifft bis zu 26 Prozent der Ersparnisse der Arbeiter und sonstigen minderbemittelten Bevölkerung. Dabei trifft meistwidergerweise das sonst verhältnismäßig liberal regierte Württemberg an der Spitze. Mühte doch der eine Stuttgarter Konsumverein mit seinen 27 000 Mitgliedern bei einem Jahreserparnis von rund 700 000 Mk. im Jahre 1907 an Steuern und Abgaben 162 000 Mk. bezahlen, die sich im Jahre 1908 oder 1910 auf zirka 200 000 Mk. steigern werden, da der neueste württembergische Staatshaushalt eine Vermehrung des Steuerzolls um 12 Prozent für den Staat und um zirka 8 Prozent für die Stadt vorsieht. Die zirka 70 württembergischen Konsumvereine zusammen zahlten im Jahre 1908 über 300 000 Mk. Steuern und Abgaben, bei einem reinen Erparnis von 1 800 000 Mk. Das ist nicht häßlich. Aber noch viel trasser liegt ein Fall von Ausnahmesteuerung in der bekannten Webergemeinde Langenbielau. Dort haben sich die armen Weber zu einem Konsumverein zusammen geschlossen, der dank dem preussischen Warenhaussteuergesetz für 1908 bei 3350 Mitgliedern nicht weniger als 11 000 Mk. Umsatzsteuer bezahlen mußte, die kaum unter die Steuer-

pflichtigen der dritten und vierten Gewerbesteuer-Klasse verteilt wurden! So ließ die Gemeinde von Geld der armer Weber unter anderem an einzelne Gastwirte 50 bis 70 Mk., an den Schmiedemeister 60 Mk. und an eine Anzahl kleinerer Fabrikanten (!) ähnliche Summen bar auszahlen. Die Hauptlast trifft nach der „So. Praxis“, der diese häßliche Missetat preußischer Sozialpolitik entnommen ist, das preußische Warenhaus-Preuergesetz, dessen sozialpolitische Wirksamkeit damit aufs greifste beleuchtet ist.

Zu übrigen ist die Ausnahmebesteuerung einfach ein Stück Mittelstandspolitik altergerichtlicher Konserver Kreise auf Kosten der Armen. Eine Strafe für den wirtschaftlichen Fortschritt, eine Hemmung der genossenschaftlichen Entwicklung. In Bayern und Hessen sind ähnliche Steuererhöhungen wie in Preußen, Sachsen und Württemberg in Vorbereitung, zu denen die Sau des armen Mannes vom Konsumverein geschlachtet werden soll. Daß diese ganze steuerliche Ausnahmebesteuerung gegen die Konsumvereine im schärfsten Widerspruch steht mit der überall beobachteten staatlichen Fürsorge für die Handwerker, Klebit- und landwirtschaftlichen Genossenschaften, denen man häufig genug nicht nur die Verwaltungsvorgänge des Staates kostenlos zur Verfügung stellt, sondern sie auch direkt finanziell unterstützt und ihnen außerdem Steuervergünstigungen einräumt, ist eine jener „Schicksalsfügungen“, denen die minder- oder nichtbezüglichen Bevölkerungsklassen in Preußen-Deutschland leider recht häufig ausgesetzt sind. Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine = moralische und materielle Unterdrückung der übrigen Genossenschaften — darin drückt sich die Formel der staatlichen Gerechtigkeit und volkswirtschaftlichen Erkenntnis aus, so man Mittelstandspolitik nennt. Was die Parteien anbelangt, die hierbei gewissermaßen als politische Schutztruppen der spornenden Gabeln in Betracht kommen, so ist vor allem die Sozialdemokratie als ein ehrlicher Freund der Konsumvereine anzuspitzen, während die Liberalen aller Schattierungen etwas jählicher die Verteidigung der Konsumenteninteressen mitmachen. Die Konservern und Bauernbündler sind die treibenden Kräfte gegen das Konsumvereinswesen und das Zentrum sieht sich durch seine Mittelstandspolitik auf der einen Seite und durch seiner Jagde schwärmender Arbeiter auf der andern Seite zwischen Seyla und Charvadis hin- und herhocken. Es handelt sich hier, mal so — wie es grad trifft. Die politische Seite der Frage ist die, daß die Arbeiter mit Fingern darauf weisen können, daß die Regierungen und herrschenden Parteien den Selbstschutz und die Selbsthilfe der Arbeitermassen auf einem rein neutral-wirtschaftlichen Gebiet unter Steuerstrafe stellen, während zu gleicher Zeit diese selbe Masse ihre Existenz durch die Wirtschaftspolitik der gleichen Faktoren erschwert und untergraben sieht. Mit der Zeit könnte sich diese Tatsache, als eines der stärksten Argumente gegen die arbeitserfreundliche Maske von Regierungen und Parteien verwerten lassen. Und wenn nur den Zweck hätte, der Entwicklung der Konsumvereinsfrage recht bese Steine aus dem Wege zu räumen, was die Aufgabe jedes wirklichen Sozialpolitikers und Volkswirtschaftlers sein müßte.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zugzug ist fernzuhalten nach Rehl a. Rh.

† **Boypottiert** ist der „Doornkaat“-Schnaps und die Kornbraunwein-Brennerei Fr. Degens Nachfolger, Inhaber A. Stegemann Söhne, Nordhausen.

† **Rehl, Streif.** Auf alle mögliche und unmögliche Gedanken sind die Gebrüder Eidel, Besitzer der Brauerei zu m. w. l. d. n. a. n. gekommen, um an einem Tarifabschluß mit unsrer Organisation vorzubereiten. Als alle Mittel nicht versagen, tritt man zur Abregelung von zwei Kollegen, des über 7 Jahre beschäftigten Oberburschen und des Wirtstellers. Nicht mit der sofortigen Entlassung, wie man es bisher gehalten hatte, ging man vor, sondern man begnügte sich mit der Kündigung. Der Lohnkommission erklärte man bei der Unterhandlung, daß man unter keinen Umständen mit dem Verband einen Tarif abschließen, alle Mühe wäre umsonst. Es hat aber alles seine Grenzen, und trotz verschiedener Bedenken kamen die Arbeiter zu dem einstimmigen Beschluß, in den Umständen zu treten!

Am 7. März beschäftigte sich eine gut besuchte Volksversammlung mit dem Verhalten der Herren Eidel und nahm nach einem Referat des Kollegen Harzenetter einstimmig eine Resolution an, wonach die Versammlung erwartet, daß die Maßregelungen zurückgenommen und die Brauerei mit dem Verband einen Tarif abschließt. Sollte eine Einigung nicht erzielt werden, so beauftragt die Versammlung die Streikleitung, durch ein Flugblatt die Öffentlichkeit aufzuklären und eventuell zu den schärfsten gesetzlichen Mitteln zu greifen, um das den Arbeitern zugehende Recht zu erkämpfen.

Die Herren Gebr. Eidel werden sich hoffentlich belehren lassen, daß es so nicht geht, wie sie es meinen und wie sie handeln.

† **Wbz (Mecklenburg). Tarifvertrag.** Eine der laugwierigsten Lohnbewegungen, welche bereits im Juli v. J. ihren Anfang genommen, hat nunmehr ihren Abschluß gefunden. Obwohl in den meisten Brauereien Mecklenburgs durch Tarifverträge die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt, konnte sich die Betriebsleitung der Vereinsbrauerei Mecklenburger Gastwirte hierzu erst nach einer Reihe von Auseinandersetzungen berufen. Es ist leicht zu verstehen, daß infolge dieser Verzögerung sehr großer Wechsel der Kollegen vor sich ging, und der Stand der Organisation sehr geschwächt wurde. Nachdem sich nun der große Teil der Kollegen dem Verbands wieder angeschlossen, wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, den wir im Auszuge folgen lassen: Arbeitszeit 10 Stunden, Lohn für Brauer 21—25 Mk., Hilfsarbeiter 18—19 Mk., Kücher 17—18 Mk. An Prozenten erhalten letztere für das Getreide. Vier 10 Pf., für je 100 retournierte leere Flaschen 15 Pf., für Leberstunden 35 Pf., Sonntagsarbeit pro Stunde 40 Pf. Urlaub ohne Lohnabzug wird nach dem Verhältnis des Dienalters gewährt. Bei Krankheit 14 Tage lang die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, bei militärischen Leistungen pro Tag 1,50 Mk. bis zu 2 Wochen. Versammlungen bis zu einem Tag werden nicht vom Lohn geführt.

Der Erfolg wäre sicher ein noch besserer geworden, wenn die Kollegen sich mehr um ihre Organisation gekümmert hätten. Nachdem dieser Tarif vorerst nur auf ein Jahr abgeschlossen, werden die Kollegen dafür sorgen, daß zum nächsten Jahr das Fehlende nachgeholt werden kann.

† **Donaubrunn.** Die gut besuchte Versammlung am 7. März beschäftigte sich mit der Tags zuvor stattgehabten Tarifverhandlung und erbatte Kollege Brülling Bericht. Die Direktion hätte erklärt, daß die meisten Kollegen mit den Forderungen gänzlich einverstanden wären, sondern er und einige Arbeiter hätten die Sache fertig gemacht. Die Direktion legte einen Gegenentwurf vor und meinte, die Leute wären gern damit zufrieden. Nach Durchberatung der beiden Tarife erklärte sich die Versammlung für den von der Kommission ausgearbeiteten Tarif und lehnte den Tarif der Direktion ab.

† **Schwerin. Tarifverneuerung.** Das Städtische Brauhaus wurde im letzten Sommer von dem damaligen Besitzer Herrn Otto Meyer verkauft, und damit wurde zu gleicher Zeit auch der am 1. März 1907 abgeschlossene Tarifvertrag gegenstandslos. Es wurde seitens der Stellenleitung sofort versucht, mit der neuen Gesellschaft der genannten Firma den Tarif zu erneuern oder eventuell einen neuen Tarif abzuschließen. Verschiedene Unterhandlungen fanden statt, leider kam es aber nie zum Entschluß, da keine feste Direktion eingesetzt war und somit im Vorstand der Brauerei verschiedene Wechsel voran. Nachdem sich nun aber dies Verhältnis gebessert und eine feste Direktion klar gegrienen hat, ist es jetzt auch gelungen, den früher abgeschlossenen Tarifvertrag zu erneuern. Mit der Erneuerung sind sämtliche Löhne um 1 Mk. pro Woche erhöht werden, und für die Bierfabrik wurde außer dem festen Lohn eine Provision für veräußertes Bier eingeführt. Ferner ist eine 9-stündige Arbeitszeit mit dem 1. März d. J. eingetreten.

Brennereien.

† **Schwerin.** Eine Versammlung der Kollegen der Brennerei B. C. Bauch kam zu dem Entschluß, zu Ostern in eine Lohnbewegung einzutreten zur's Abschlußes eines neuen Tarifs. Da Herr B. C. Bauch sich im Laufe der Zeit sehr bodenständig gezeigt hat, ist event mit einem Kampf zu rechnen, auf den wir uns vorbereiten müssen. Hoffentlich verständigen wir uns.

Malzfabriken.

† **Hamburg. Tarifvertrag.** Mit der Malzfabrik Mü 6 kam im Schluß der Brauereiarbeiterverband am 11. März einen Tarif, gültig auf zwei Jahre, ab. Der Lohn erhöht sich dadurch um 1,20 bis 2,20 Mark pro Arbeiter und Woche. Die Sonntagsarbeit wurde um zwei Stunden gekürzt. Urlaub und Entschädigung in Krankheitsfällen wurde eingeführt.

Mit den Kleinbrauereien dauert die Tarifbewegung noch einige Zeit, bis sie sich zur Unterzeichnung bequemen. Es kann nur zum Vorteil für diese Betriebe sein, wenn sie recht bald den Tarif anerkennen, sonst könnte die Arbeitererschaft mal etwas straffere Zeiten aufweisen.

Korrespondenzen.

† **Amsterdam.** In erfreulicher Weise hat sich in letzter Zeit die Organisation der deutschen Kollegen in Amsterdam entwickelt. Zwei Gründe waren es, welche die Agitation außerordentlich erschweren: das nicht immer freundschaftliche Verhältnis zwischen den holländischen Brauereiarbeitern und den deutschen Brauereiarbeitern und die Befürchtung, daß der deutsche Verband die in Holland arbeitenden Kollegen gegebenenfalls doch nicht unterstützen würde. Dem langjährigen Wunsch, über diese Fragen eine Aussprache herbeizuführen und Aufklärung zu geben, wurde schließlich Rechnung getragen durch die Anwesenheit des Verbandsvorsitzenden Kollegen Egel. In der am Sonntag, dem 7. März, stattgefundenen Versammlung führte derselbe den Amsterdamer Kollegen Wert und Entwicklung der Organisation vor Augen, bewies, daß es für die Solidarität zwischen den in Deutschland und Holland beschäftigten Kollegen keine Landesgrenze gebe, daß demnach die Ausrede, der deutsche Verband würde gegebenenfalls doch nicht eingreifen, nur ein billiger Vorwand für In-differenz sei, sich von der Organisation zu drücken. Kollege Egel beleuchtete die heutige Ohnmacht der in den holländischen Brauereien tätigen Arbeiter, gleichviel, ob sie Deutsche oder Holländer seien. Die wirtschaftlichen Arbeitsbedingungen, Zuschlagsparagrafen und ähnliche Strafbestimmungen seien nur möglich durch die Uneinigkeit der Arbeiter unter sich. Er mahnte die Holländer, nicht in der Verblendung unangebrachten Nationalitätenhasses die deutschen Brauer als Feinde zu betrachten, sondern als Arbeitsbrüder. Er mahnte in gleicher Weise die deutschen Brauer, welche hauptsächlich für die Vorderposten eingestellt werden, in freundschaftlicher und loyaler Weise mit den holländischen Arbeitern zu verkehren und sich stets in erster Linie als Mensch zu zeigen und als solcher die Funktion des Vorgehenden zu üben. Dann wird das gegenseitige Mißtrauen schwinden und gemeinsam kann an eine Besserung der Zustände herangegangen werden. Manch beherzigenswerte Anregung wurde durch das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat gegeben.

An die Versammlung schloß sich eine Aussprache mit der Leitung der holländischen Brauereiarbeiterorganisation und eine Vertretung der holländischen Kollegen der deutschen Kaser an. Es wurde vor allem das häufig unangenehme Verhältnis zwischen holländischen und deutschen Brauereiarbeitern erörtert. Dabei wurde konstatiert, daß die Unternehmern mit besonderer Vorliebe Brauereischüler oder andre Kollegen, von denen sie annehmen, daß sie ihr Strebertum von der Organisation fernhalten würde, einstellen und diese oft unwissenden Leute den holländischen alten erfahrenen Arbeitern gegenüber in rigorosere Weise den Vorgesetzten herausstellen. Nicht nur scheint dieses Auftreten oft im direkten Gegensatz zu ihrer Kenntnis zu stehen, sondern gar manchmal soll es wohl lediglich die eigene Unsicherheit verdecken. Es geht um die deutschen Verbandsmitglieder, daß die holländischen Vertreter erklären konnten, daß seit dem Entstehen unserer Zahlstelle eine sehr merkwürdige Besserung eingetreten ist. Es soll aber in jeder Hinsicht ein besseres Zusammenwirken angestrebt werden, weshalb der Antrag gutgeheißen wurde, daß Differenzpunkte in gemeinsamen Sitzungen unterrichtet und beraten werden sollen. Die holländischen Vertreter werden den Antrag der Mitgliederversammlung zur Annahme vorlegen. Manche Meinung, welche aus kleinen Ursachen entsteht und in ihrem Entstehen leicht beseitigt werden kann, wird sicherlich auf diese Weise vermieden werden und Zeit und Kraft, welche man bisher in gegenseitiger Fehde verschwendet hat, können zweckmäßiger zur Bekämpfung der wirklichen Gegner der Brauereiarbeiter und zur Erfämpfung besserer Verhältnisse verwendet werden. Auch der eventuelle Anschluß der deutschen Kollegen an die holländische Organisation wurde lebhaft erörtert. Er wurde aber aus einer Reihe von Gründen als zurzeit nicht zweckmäßig erachtet. Jedoch wurde seitens des Verbandsvorsitzenden Kollegen Egel die weitgehendste Unterstützung für die gemeinsamen Bestrebungen der holländischen und deutschen Arbeitsbrüder zugesichert. Die Aussprache war von allen Seiten vom Geiste des guten Willens getragen und dürfte ein bedeutender Schritt für die Organisation der Brauereiarbeiter in Holland bedeuten.

† **Bergedorf.** In unsrer gut besuchten Versammlung vom 28. Febr. sprach Kollege Döllinger, Hamburg, über das Thema: „Was haben uns die letzten 10 Jahre als Brauereiarbeiter gebracht und welchen Einfluß hat der Brauereiarbeiterverband auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, speziell in den Brauereien von Hamburg und Umgebung?“ Kollege Döllinger führte an, daß man eigentlich noch weiter zurückgreifen müsse, wenn man die Entstehung und Entwicklung des Brauereiarbeiterverbandes verfolgen wolle. In recht eingehender Weise schilderte er das Aufstehen der Hamburger Zahlstelle, die, als sie gegründet wurde, ein kleines Häuflein, unter dem steten Druck der Unternehmung zu kämpfen hatte, die Kollegen sich aber nicht abschrecken ließen durch Aussperrung u. dergl. Es wurden Forderungen gestellt, jedoch die Unternehmung wußten, daß sie noch die Macht in Händen hatten. Aber von Jahr zu Jahr schlossen sich immer mehr Kollegen der Zahlstelle an, und so ist auf einigen Brauereien nach kurzem Streik schon etwas erreicht worden. Da nun die Brauereiarbeiter auch bald einsehen, daß sie vereinzelt dem Ansturm der Organisation nicht gewachsen waren, lernten sie von denselben und vereinigten sich auch, um den gerechten Forderungen der Brauereiarbeiter leichter wie bisher entgegenzutreten zu können. So wurde mit der Zeit das Verhältnis zwischen der Vereinigung der Brauereiarbeiter und der Organisation immer gespannter, bis es 1904 zu einem allgemeinen Kampf kam, wobei die Bundesgenossen als Hausversteher eine Hauptrolle spielten. Der Kampf kostete auf beiden Seiten große Opfer, aber die Brauereiarbeiter lernen gelernt, daß der Brauereiarbeiterverband ein Faktor ist, mit dem sie rechnen zu müssen haben. Es liegt nun an den Kollegen selbst, das durch diese Jahre Erklärte und Ertrungene hochzunehmen. Es ist aber auch Pflicht eines jeden Brauereiarbeiters ohne Unterschied, nicht nur das Ertrungene zu genießen, sondern jeder muß dem Verbands beitreten, denn nur da werden seine Interessen am besten vertreten.

† **Cochfeld.** Von der früher hier bestandenen Organisation ist leider nichts mehr vorhanden, deshalb sind auch erklärlicherweise die Verhältnisse schlechter geworden. In der „Brauereiarbeitervereinigung“ ist die Arbeitszeit noch 11 Stunden, von früh 6 bis abends 7 Uhr, mit zwei Stunden Pausen. Der Lohn für diese 11stündige Arbeitszeit beträgt 23 Mk. wöchentlich, mit 74 Pf. Abzug für Verordnungsbeiträge. Für Leberstunden werden 33 Pf. vergütet und jeden Sonntag muß umsonst gearbeitet werden. Der Schlander ist voll Schmutz und Nässe. Eine Wadewanne steht auf offener Schwankhülle; dieselbe ist in letzter Zeit mit allem Geißel gefüllt und der Missetat für Matten geworden. Sollten die Kollegen nicht bald einsehen, wie notwendig auch sie sich zu organisieren haben?

† **Göppingen.** Am 27. Februar beschäftigten sich die Kollegen in Anwesenheit des Kollegen Holzjurner mit der Erneuerung des Tarifvertrags. Hauptächlich sollte auch für die Bierbrauer, welche sich erfreulicherweise in letzter Zeit dem Verbands angeschlossen haben,

Sorge getragen werden, daß auch diese zu ihrem Rechte kommen. So zahlreich besucht wie diese Versammlung war auch die am folgenden Tage in Holzheim, zu welcher sich die Kollegen von Holzheim und Göppingen bereits alle eingefunden hatten. Es soll in diesem Jahre auch ein Tarif in der Brauerei V. Maus in Holzheim zustande kommen, und da ist es Pflicht eines jeden Kollegen, sich zu organisieren, welches in letzter Zeit bereits von den meisten geschehen ist. Kollege Holzjurner referierte über das Thema: „Was für Vorteile bietet der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter seinen Mitgliedern?“ In seinen Ausführungen legte er den Kollegen die Brauereiarbeiterverhältnisse zwischen ein und jezt klar, und daß es heutzutage nicht mehr anders geht, als daß sich die Arbeiter zusammenschließen, um ihre Interessen zu fördern. Nach diesem gab Kollege Holzjurner den Kartellbericht von der Generalversammlung der vereinigten Gewerkschaften Göppingens, die annähernd die Zahl von 3000 Mitgliedern erreicht haben.

† **Karlsruhe.** Am 28. Februar fand die Fortsetzung der Generalversammlung im neuen Saalbau statt. Die Neuwahlen brachten nur geringe Veränderungen. Dann wurde zu der neuen Arbeitsordnung Stellung genommen, welche in allen Verbandsbrauereien auf Westtafeln angehängt wurde. Da die darin angegebene Arbeitszeit gar nicht zutrifft und das in Vergessenheit gekommene Strafsystem wieder hervorgezogen wurde, protestierte die Versammlung gegen das militärische Vorgehen des Brauereiverbands. Kollege Hitz berichtigte zu dieser Sache über den Standpunkt der Fabrikinspektion, des Bezirksamts und des Vorstandes des Brauereiverbands. Die Brauereiarbeiter schieben die ganze Schuld auf das Bezirksamt, welches verlangt, daß alle diese Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufgenommen werden. Da aber vor Erlass keine Gelegenheit gegeben ward, sich über den Inhalt zu äußern, ist diese Arbeitsordnung unzulässig. Die Kollegen von Göttingen beschwerten sich, daß in der Huttentreu Brauerei die tarifmäßigen Wochenlöhne immer noch nicht eingeführt sind. Allerdings, denen man wohl will, gibt man mehr, als sie verdienen, während die Organisierten nicht einmal das bekommen, was tariflich festgelegt ist. Der Geschäftsführer wurde beauftragt, nochmals mit der Firma Rücksprache zu nehmen und die tarifliche Lohnzahlung zu verlangen. Die Versammlung bedauerte lebhaft dieses einseitige Verhalten der Huttentreu Brauerei und hofft, daß alsbald Besserung eintritt. Mit dem Hinweis, daß in diesem Jahre eine lebhaftige Agitation entfaltet werden müsse, wurde die Versammlung geschlossen.

† **Lindau.** In unsrer Generalversammlung erstattete der Vorsitzende Kollege Holzmaier den Jahresbericht. Versammlungen fanden 17 statt, Betriebsversammlungen drei; sonst wurde noch Verschiedenes zu unseren Gunsten geregelt. Nach dem Kassenbericht des Kollegen Zeller bilanzierten Ausgaben und Einnahmen mit 1110,25 Mk., wovon der Hauptkasse 714,51 Mk. übermittelte wurden. An Arbeitslohnunterstützung wurden 265 Mk. ausgegahlt. Ausnahmen waren 15 zu verzeichnen. Nach Erledigung des Geschäftlichen sprach Kollege Holzjurner über Entwicklung und Aufgaben unsrer Organisation.

† **Mannheim.** Unsr Generalversammlung fand am 27. Februar und 6. März statt. Der Bericht des Vorstandes, welchen Kollege Gräbe gab, weist eine übergroße Arbeit auf. Was die Korrespondenz, die Statistiken und Fragebogen anlangt, hängt lediglich alles an dem Vorsitzenden. Durch die Ueberlastung muß ein Kollege, welcher solchen Pflichten ausfällt, an seiner Gesundheit Schaden leiden. Sehr zu bedauern ist dabei, daß die Anstellung eines Volontärs nicht erfolgen konnte, weil die Ludwigshafener Kollegen gegen eine Verdrängung der Zahlstellen waren. Versammlungen fanden in Mannheim 14 statt, Vorstandssitzungen 31, Betriebsbesprechungen 22; außerdem noch Versammlungen in Sodenheim, Ebingen und Beutershäusen. Briefe und so weiter gingen ein 460, aus 510. Differenzen entstanden mit der Malzfabrik Heymann, wo ein Tarif gemeinsam mit den Mälzern zustande kam. Kurz darauf erchien der bekannte „Christliche“ Herr Tremmel und hat, den Tarif auch unterzeichnen zu dürfen, bezw. mit ihm auch einen solchen abzuschließen. In dieser Zeit war nicht ein Mitglied der „Christlichen“ dort vorhanden. Die Firma gab der Bitte statt, nachdem ein „Christlicher“ Arbeiter dort eingeschoben war, welcher aber von der Tarifbewegung Tremmels auch keine Ahnung hatte. Nun macht die Erneuerung des Tarifvertrags Schwierigkeiten. Eine Einigung war bis zur Stunde nicht möglich, trotzdem die Verhältnisse in dem Betriebe und die schlechten sämtlicher Mälzereien von Mannheim und Ludwigshafen zu bezeichnen sind. Die Firma stützt sich auf den „Tarif“ Tremmels, und wird scheinbar erst ein Kampf zu gegebener Zeit die Kollegen von dem Sch—elementstreich des Tremmel befreien. Mit Beschwerden über die Brauerei Förster, Beutershäusen, hatte man viel zu tun, da der Besitzer die Organisation mit allen Mitteln bekämpfte. Wegen Entlassung eines Vertrauensmannes der Brauerei Höppler, Karlsruhe, griff die Zahlstelle gemeinsam mit dem freien Wirtverband erfolgreich ein. In der Brauerei Haberer sind tarifliche Verhältnisse geregelt worden. Nach im Schnapsboykott der Firma Degen, Nordhausen, wurde das möglichste getan. Bezüglich der Brauerei Eichbaum mußte die Presse eingreifen wegen Verweigerung des Arbeitereinstufungs. Die Zahl der Mitglieder stieg trotz Echdhung des Beitrags von 360 auf 382. Demnach würden noch etwa 70 Brauereiarbeiter zu organisieren sein. Die „Christlichen“ mit ihren paar Mann, früher Bundesgenossen, haben eine große Tätigkeit entfaltet, aber keinen Boden bekommen. Die Einnahmen betragen 7578 Mk., die Ausgaben 4042 Mk. An die Hauptkasse gingen ab 3536 Mk. An Krankenunterstützung wurden vorausgezahlt 1468 Mk., an Arbeitslohnunterstützung 739 Mk., an Gemaßregelungenunterstützung 704 Mk., für Mitgliedsbeitrag 74,41 Mk. In der Lokalfasse waren die Einnahmen 970,99 Mk., die Ausgaben 560,50 Mk., bleibt Kassenbestand 410,49 Mark. Das Gesamtergebnis der Lokalfasse beträgt 2360,49 Mk. Das Agitationskomitee berichtete kurz über seine Tätigkeit, die sich hauptsächlich auf Beutershäusen erstreckte, und wurden dann die Wahlen vorgenommen. — Die Versammlung am 6. März nahm Kenntnis von dem Zirkular des Hauptvorstandes, wählte eine Schlichtungskommission zur Regelung von Streitigkeiten unter Kollegen und beschloß, daß die Mitgliedsbücher bei den Vertrauensleuten seitens des Vorstandes innerhalb eines halben Jahres unverhofft zu kontrollieren sind. Der Vorsitzende erinnerte zum Schluß an die bevorstehende Lohnbewegung und legte den Kollegen ans Herz, die Sache ernst zu nehmen und auch im Ausbau der Organisation ihre Pflicht zu erfüllen.

Ausland.

Böhmen.

Das Bier aus den böhmischen Brauereien, die in tschechischem Vertriebe stehen, ist bekanntlich in Deutschland und anderweitig boykottiert. Unter dieser verhängnisvollen Aktion ist auch die Brauerei Diebtschan gewaltig mitgenommen. Eine Reihe von Brauereien in Böhmen, die nun mehr deutsch sein wollen und Arbeiter beider Nationalität beschäftigten, haben bereits eine Anzahl der Arbeiter tschechischer Zunge entlassen. Durch Plakate und in den bürgerlichen Zeitungen wird jetzt nachgewiesen, daß diese und jene Brauerei vollkommen deutsch ist und ausschließlich deutsche Arbeiter beschäftigt. Jede Brauerei will von den deutschen die deutsche sein, obwohl ein Jungtscheche dem Brauerrentartell, dem die tschechischen sowohl, als auch die deutschen Brauereien angehören, mit dem Namen Boemia, vorsteht.

Wir führen hier ein Beispiel aus der Brauerei Diebtschan an, mit welchem wir bekunden, wie taktisch diese Brauereien arbeiten. Auch in dieser Brauerei sind arme Arbeiter den nationalen Querretzereien zum Opfer geworden. Besondere Diebstahl, sowie Vorderburschen und Beamte können in Diebtschan substituiert werden. Für diese genügt eine Sprachveränderung, daß sie sich ausschließlich nur mehr der deutschen Sprache zu bedienen haben. Also wird das Diebstahler Bier unter tschechischen Kommandanten mit deutschem Kommando gebraut. Hoffentlich wird es so für Deutschland genügen und die Deutschen werden sich nach wie vor von dem von Tschachen zu deutsch kommandierten Diebstahler Bier betrinken. Durch seine Unschicklichkeit nicht im Berufe als Streikbrecher, agent, Organisationsverrichter, vorzüglicher Antreiber, Orts- und

Ergebnisse und Komplimentenmacher hat es vor zwei Jahren der... (Text about national sentiment and labor relations)

Wohl viel schmächtlicher ist eine Handlungsweise derselben Bräuerei... (Text about labor conditions and national identity)

So wird die Nationalitätenfrage nunmehr als Lohnrückfrage... (Text about national identity and wages)

Brief aus Holland.

Die Verhältnisse der deutschen Kollegen in Amsterdam bringen... (Text about German labor conditions in Amsterdam)

Es arbeiten hier circa 50 deutsche Kollegen in den fünf Betrieben... (Text about German workers in Holland)

Aus der Schweiz.

Da in letzter Zeit der Zugang arbeitsloser Kollegen von Deutsch-... (Text about unemployed workers from Germany to Switzerland)

Rundschau.

Wand-Siegert beschäftigt vor Gericht Empfang und... (Text about Siegfried Wand's legal case)

Unter Tarif fand seinen Abschluss am 17. Juni 1908, der... (Text about the end of the tariff period)

Nun einjährig wir Siegfrieds Gedächtnis schwärze, aber einem... (Text about Siegfried's memorial and the tariff)

abweicht, schlechtere Positionen aufweist. Dieses... (Text about labor conditions and wages)

In diesem Sinne hat nun auch unser Kollege Sonntag, welcher... (Text about Sonntag's views on labor relations)

Die Haushaltskosten im Jahre 1908. Wie die Bewegung der Nahrungsmittelpreise im Jahre 1908... (Text about household expenses and food prices)

Table with 2 columns: Year (1907, 1908) and various food items (Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart, München) with corresponding prices.

Zu dieser Tabelle ist zu bemerken, daß sie hauptsächlich als Ver-... (Text about the table's purpose and food prices)

Ein Vergleich mit früheren Jahren läßt erkennen, daß seit 1900... (Text about price comparisons and inflation)

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau Münch. 5, III., Hannover. - Fernspr. Nr. 5830.

Diese Woche ist der 12. Wochenvertrag fällig.

Die Zahlstellenleitungen, sowie die Bezirksleiter werden ersucht... (Text about union representatives)

Zu den herausgegebenen Fragebogen zur... (Text about survey questionnaires)

Auf verschiedene Anfragen hin sei ferner mitgeteilt, daß nicht... (Text about union inquiries)

Die Stelle des Bezirksleiters für den 10. Bezirk mit... (Text about a vacant position)

Ausgeschlossen aus dem Verband wurde auf Antrag der... (Text about a member's expulsion)

Gefunden in Heidelberg und an das Hauptbureau eingeliefert... (Text about found items)

Notizkalender unseres Verbandes für 1909 sind noch eine... (Text about the union calendar)

Die Zeitungsempfänger machen wir darauf aufmerksam, daß... (Text about newspaper subscriptions)

Eingänge der Hauptkasse vom 8. bis 14. März.

Für Beiträge: Coesfeld 5,- Hannover 5,- Silber-... (Text about financial contributions)

Materialversand.

Sonneberg 20 Mitgliedsbücher. Helmstedt 10 Mitgliedsbücher... (Text about material distribution)

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Buch-Nr. 3326, Ludwig Stierstorfer, Bräuer, geb. 15. 7. 80... (Text about lost or invalid books)

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Bezirk Hamburg. Bezirksleiter Hans Loh wohnt ab... (Text about regional union news)

Einlagegelder erhalten:

Landsberg 350 Mk., Lindau 200 Mk., München 100 Mk... (Text about collected contributions)

Insertate werden, um zeit-... (Text about advertising rates)

ff. Bockbier... (Text about beer advertisement)

Nachruf... (Text about a notice or obituary)

Echtes Kattaler Bauerngelechts... (Text about a product or organization)

X. Englmliller, Selbgerri... (Text about a person or business)

Nachruf... (Text about a notice or obituary)

Bräuer-Holzschuhe... (Text about shoe advertisement)

Joh. Harders, a. Elbe... (Text about a person or business)

Advertisement for 100 Stuck gute 5 Pf.-Zigarren... (Text and image of a cigar)

Holzschuhe... (Text about shoe advertisement)

Unsern Verbandskollegen... (Text about union members)

Advertisement for DIE STOEWER... (Text and image of a woman sitting)